

CAI EAS
C18G
26 MAI 76
DOCS

Profil Kanada



Jahrgang 3, Nr. 12

26. Mai 1976

Ottawa, Kanada

Neubaurate 1975 überstieg Zielsetzungen der Bundesregierung, S. 1

Die "Patriierung" der kanadischen Verfassung, S. 4

Neuer Wetterdienst für die kanadische Arktis, S. 5

Eine vollektrifizierte Stadt im Norden, S. 6

EDP-gesteuerter Autobuseinsatz in Toronto, S. 7

Alte französische Münzen für Louisbourg, S. 7

Besuch des Außenministers in Deutschland und Österreich, S. 8

Kurznachrichten, S. 8

Neubaurate 1975 überstieg Zielsetzungen der Bundesregierung

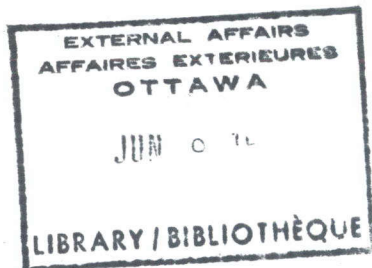
Wie die Zentrale Hypotheken- und Wohnungsbaubehörde (Central Mortgage and Housing Corporation, CMHC) in ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht 1975 feststellte, wies die Wohnungswirtschaft im vergangenen Jahr zwei bemerkenswerte Tendenzen auf: Die Produktion, die sich 1974 und Anfang 1975 verlangsamt hatte, erholte sich in solchem Maße, daß bei Jahresende der Baubeginn an insgesamt 230 000 neuen Wohneinheiten zu verzeichnen war und die von der Regierung angestrebte Mindestzahl von 210 000 Einheiten also ganz erheblich überstieg. Als zweiten bemerkenswerten Trend erwähnt die wohnungsirtschaftliche Bundesbehörde die Verlagerung des Wohnungsbaus von Wohneinheiten der höheren zu solchen in den mittleren und unteren Preisklassen. Bezeichnend

Die Gesamtzahl der Haushalte in Kanada wurde 1975 auf 6 710 000 geschätzt, 200 000 mehr als im Vorjahre. Diese Zunahme entspricht etwa dem veranschlagten Jahresdurchschnitt für die Zeit von 1971-76.

für diesen Trend war auch die Zahl der im Wege des Kanadischen Wohnungsbaugesetzes (National Housing Act, NHA) finanzierten Neubauten, die sich im Berichtsjahr gegenüber 1974 um 40 % erhöhte. Bekräftigt durch neue oder modifizierte Förderungsprogramme der Bundesregierung und durch Einhaltung der Restriktionen bezüglich hoch verzinsten Anleihen durch die Kreditinstitute, hat sich diese Schwerpunktverlagerung spürbar auf die Wohnungsbauwirtschaft ausgewirkt und ihre Tätigkeit stärker dem dringendsten Wohnungsbedarf der Kanadier angepaßt.

Mangel an erschlossenem Bauland

Auf allen Regierungsebenen wurden 1975 die Bemühungen fortgesetzt, das Angebot erschlossenen Baulandes zu erhöhen und die Grundstückspreise zu festigen. Durch Konferenzen zwischen Bund und Provinzen sind insofern Fortschritte erzielt worden, als allen Beteiligten die Notwendigkeit stärker ins Bewußtsein gerückt wurde, die Genehmigungsverfahren abzukürzen und erschlossenes Bauland schneller



Weitere Broschüren, Informationsblätter usw. über Kanada sind bei folgenden kanadischen Auslandsvertretungen erhältlich:

Kanadische Botschaft
53 Bonn/BRD
Friedrich-Wilhelm-Str. 18

Kanadische Militärmission und
Kanadisches Konsulat

1 Berlin 30
Europa-Center

Kanadisches Generalkonsulat
4 Düsseldorf/BRD
Immermannstr. 3

Kanadisches Generalkonsulat
7000 Stuttgart 1/ BRD
Königstr. 20

Kanadisches Generalkonsulat
2000 Hamburg 36/BRD
Esplanade 41/47

Kanadische Botschaft
1010 Wien/Österreich
Dr.-Karl-Lueger-Ring 10

Kanadische Botschaft
3000 Bern/Schweiz
Kirchenfeldstr. 88

auf den Markt zu bringen. Die jüngsten NHA-Novellen sehen Zuschüsse an die Gemeinden in Höhe von 1000 \$ pro fertiggestellter Wohneinheit mittlerer Preislage in Zonen mittlerer Bebauungsdichte (ca. 110 Wohneinheiten pro Hektar) vor. Dieser Beitrag soll als Ansporn für die Erstellung derartiger Wohnungen dienen.

Auch die Durchführung der Wohnungsbauprogramme für Landbezirke und für die Indianer und Eskimos sowie der Pläne zur Verbesserung des vorhandenen Wohnungsbestandes und zur Sanierung von Wohnbezirken haben gute Fortschritte gemacht. Diese Förderungsprogramme, deren Erfolg von der unmittelbaren Beteiligung aller Interessenten abhängt, werden in immer stärkerem Maße in Anspruch genommen.

Neue Hilfsprogramme

Im Jahre 1975 verabschiedete das Parlament zwei wichtige Novellen zum Kanadischen Wohnungsbaugesetz. Für das erste dieser Änderungsgesetze wurde die Genehmigung der Königin am 26. März erteilt. Es erweiterte die Programme zur Förderung des Eigenheimbesitzes (Assisted Home Ownership Program, AHOP) und zur Förderung des Mietwohnungsbaus (Assisted Rental Program, ARP) insofern, als nun auch Käufer von Eigenheimen oder Mietshausunternehmen, die auf dem Kapitalmarkt Hypothekendarlehen aufgenommen hatten, Zinssenkungskredite vom Bund erhalten können. Früher konnten derartige Kredite nur für unmittelbar von der Zentralen Hypotheken- und Wohnungsbehörde erteilte Hypotheken in Anspruch genommen werden. Diese Änderungen trugen dazu bei, daß Hypothekenanleihen in Höhe von nahezu einer Dreiviertelmilliarde Dollar vom Kapitalmarkt in neue Wohneinheiten der unteren Preisklassen flossen.



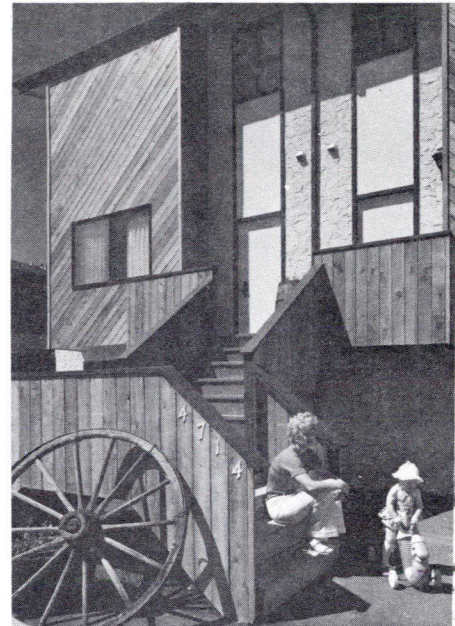
Im Rahmen des Kanadischen Wohnungsbaugesetzes finanzierte Mietwohnungen in Quebec City

Im Dezember wurde das NHA erneut abgeändert, um das Wohnungsbau-Aktionsprogramm des Bundes (Federal Housing Action Program) zu unterstützen. Mit diesem Aktionsprogramm setzte sich die Bundesregierung den Baubeginn an einer Million neuer Wohneinheiten bis zum Jahre 1979 zum Ziel, von denen der wesentlich größere Teil

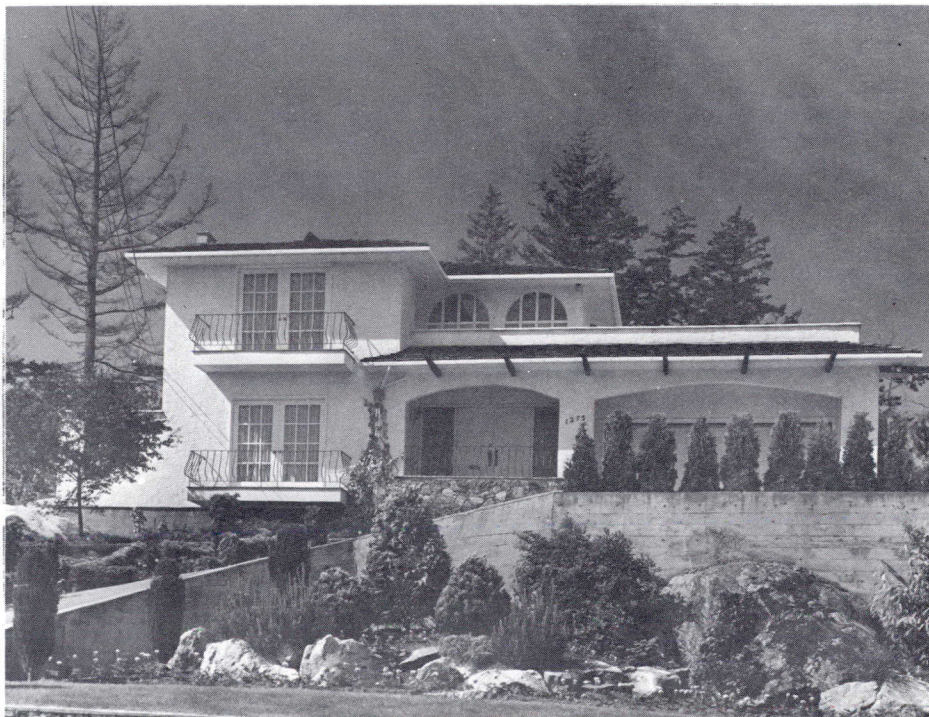
in die mittleren und unteren Preisklassen fallen soll. Dieses Soll wurde aufgestellt, um den veranschlagten Mindestbedarf der Kanadier in den nächsten vier Jahren unter Berücksichtigung der Familiengründungsrate, leerstehender Wohnungen und anderer Faktoren zu decken. Für 1976 setzte man sich den Baubeginn an 235 000 Wohneinheiten zum Ziel. Der Neubau von einer Million Wohneinheiten würde über eine Million Arbeitsplätze im Baugewerbe und in verwandten Industriebetrieben bedeuten.

Im Wohnungsbau ging die Preissteigerung 1975 spürbar zurück. Bei im Rahmen des Kanadischen Wohnungsbaugesetzes finanzierten, freistehenden Eigenheimen nahmen die Baukosten pro Quadratfuß 11,8 % zu - die niedrigste Steigerungsrate seit 1972. Im Bundesdurchschnitt erhöhten sich die Kosten pro Quadratfuß in Kanada von 22,81 \$ im Jahre 1974 auf 25,53 \$ im Berichtsjahr.

Die im Dezember gebilligten Gesetzesnovellen ermöglichten weitere Änderungen der Förderungsprogramme für Eigenheimbesitz (AHOP) und Mietwohnungsbau (ARP). Im Rahmen des AHOP wurden die direkten Zuschüsse an bedürftige Familien fortgesetzt und erhöht. Erstmals wurden nun aber allen - ob mit oder ohne Kinder -, die ein nach den örtlichen AHOP-Preisgrenzen als preisgünstig geltendes Eigenheim kaufen wollten, Anleihen gewährt, die während der ersten fünf Jahre zinsfrei sind.



Von der NHA mitfinanzierte Wohnbesitz-Stadthäuser in Regina (Saskatchewan)



Freifinanziertes Einfamilienhaus in Victoria (Britisch-Kolumbien)

Im Anschluß an die Bildung des Überprüfungsausschusses zur Inflationsbekämpfung festigten sich die Zinssätze im letzten Quartal 1975.

Die Erhebungen der CMHC vom Oktober 1975 bezüglich leerstehender Mietwohnungen ergab für alle Großstädte zusammen eine Durchschnittsrate von nur 1,2 % gegenüber 2,5 % im Juni 1974 und 3,4 % ein Jahr zuvor.

Insgesamt wurden 1975 7,599 Mia \$ in neue Wohneinheiten investiert, was einer 3 %igen Steigerung gegenüber dem Vorjahre mit 7,377 Mia \$ entspricht. Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr eine beträchtliche Anzahl neuer Wohnheime gebaut. Im Rahmen des Kanadischen Wohnungsbaugesetzes wurden 1975 solche Einheiten mit insgesamt 5885 neuen Betten - im wesentlichen für ältere Leute und Studenten - finanziert im Vergleich zu 6602 Betten im Vorjahre.

(Fotos mit Genehmigung der Central Mortgage and Housing Corporation)

Die "Patriierung" der kanadischen Verfassung

In einer Erklärung vor dem kanadischen Unterhaus forderte Ministerpräsident Trudeau am 9. April Schritte, um den "British North America Act (BNA)", Kanadas Grundgesetz, von einem Statut Großbritanniens in ein kanadisches Gesetz umzuwandeln. Ohne eine Frist für das Heimholen des BNA 109 Jahre nach seiner Verabschiedung in Großbritannien zu nennen, äußerte Trudeau, daß es wohl einiger Mühe wert sei, "diese nationale Angelegenheit zu bereinigen, sofern wir das können."

Der Ministerpräsident brachte im Unterhaus Briefe ein, die er an die Premierminister der Provinzen gerichtet hat und in denen, wie er sagte, alles Wesentliche über die Diskussionen steht, mit denen man im vergangenen Jahr nach einem Ausweg "aus einer konstitutionellen Sackgasse" suchte, "die seit nahezu 50 Jahren sowohl Bundes- wie Provinzregierungen aller politischen Richtungen frustriert hat". Bei dieser Sackgasse handele es sich um "das Problem, unsere einzigartige und wenig beneidenswerte Sonderstellung eines Landes abzuschaffen, das sich an das Parlament eines anderen Landes wenden muß, wenn es wesentliche Teile seiner Verfassung ändern will."

Es folgen Auszüge aus der Erklärung des Ministerpräsidenten.

* * * *

Ich glaube, daß Mißverständnisse hinsichtlich der Art aufgetreten sind, wie die Regierung oder ich persönlich an diese Angelegenheit herangehen. Selbstverständlich sind die "Patriierung" oder die Erreichung eines Mittels zur Änderung unserer Verfassung nicht in dem Sinne vordringlich, wie es die Inflationsbekämpfung oder Entscheidungen über den Ölpreis sind. Sie genießen auch nicht in gleichem Maße "Vorrang" wie die vielen anderen Prioritäten, welche die Regierung für neue politische Richtlinien oder Programme aufgestellt hat. Doch gibt es weniger pragmatische "Prioritäten", die wichtig sind, wenn die menschliche Gesellschaft durch Ungewißheit und Angriffe auf ihre Vertrauensbasis erschüttert wird, wie wir das in der heutigen Welt erleben. Bekräftigungen des nationalen Willens und Anzeichen für die kollektive Entschlossenheit, das Vertrauen in die Gesellschaftsformen und Werte zu erneuern und zu festigen, welche die Menschen verbinden, sind zwar symbolischer Natur, jedoch nicht minder bedeutungsvoll.

Meiner Ansicht nach handelte es sich um eine solche symbolische Bekräftigung, als das kanadische Parlament unsere Nationalflagge einführte. Wer wollte bezweifeln, daß dadurch unser Bewußtsein gestärkt worden ist, "Kanadier" oder zur Verfolgung wichtiger Ziele vereint zu sein? Eine ähnliche symbolische Bekräftigung fände wohl statt, wenn wir unser Vertrauen in unsere Regierungsform durch Beseitigung eines ihr seit Jahrzehnten anhaftenden Mangels äußern. Derlei Anliegen

sollten vielleicht nicht die Zeit des Parlaments über Gebühr beanspruchen, wenn andere Angelegenheiten drängen. Als Ministerpräsident scheue ich mich jedoch nicht zu sagen, daß es hier um eine Sache geht, um die wir uns bemühen sollten. Als Volk sollten wir nicht als ständiger Versager in einer Frage dastehen, die den Kern unseres nationalen Gefüges berührt. Kurz gesagt: es wäre wohl einiger Mühe des gegenwärtigen Parlamentes wert, diese seit langem anstehende nationale Angelegenheit endlich zu bereinigen.

Zustimmung der Provinzen nicht unerlässlich

Aus diesen Gründen habe ich die Möglichkeit erwähnt, daß sich das Parlament bemüht, die "Patriierung" auch ohne die Zustimmung der Provinzen durchzuführen, sofern es unmöglich erscheint, daß diese erteilt wird. Natürlich wäre das nur der letzte Ausweg, und ebenso klar liegt auf der Hand, daß dadurch nicht die Basis der Aufgabenverteilung oder die Stellung der Provinzen berührt werden darf. Das Heimholen der Verfassung darf dem Parlament keine Handhabe zu künftigem einseitigem Vorgehen auf irgendeinem Gebiet liefern, auf dem ihm das heute unmöglich ist, denn dadurch würde unser föderatives System ausgehöhlt. In meinen Briefen untersuche ich drei Wege, die das Parlament unter Vermeidung derartiger Konsequenzen in diesem Falle einschlagen könnte. Dabei zeige ich diese Möglichkeiten nicht auf, um sie zu empfehlen, sondern um zu ergründen, wie wir diese scheinbar permanent ausweglose Situation beseitigen könnten. Weder die Bundesregierung noch das Parlament sollten die Behauptung gelten lassen, daß sie in einer Angelegenheit von derartiger Tragweite für unseren Staat überhaupt nichts machen können.

* * * *

Neuer Wetterdienst für die kanadische Arktis

Kürzlich gaben die Kanadische Rundfunkgesellschaft (Canadian Broadcasting Corporation, CBC) und das kanadische Umweltschutzministerium gemeinsam die Aufnahme eines neuen Wettervorhersagedienstes für die kanadische Arktis bekannt, der erste dieser Art auf der Welt.

Diese Einrichtung ist das Ergebnis eines vom Nördlichen Sendebereich der CBC aufgestellten Plans und wurde von Technikern der Rundfunkgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Meteorologischen Dienst entwickelt. Die Ausnutzung modernster elektronischer Geräte und technischer Entwicklungen ermöglicht die schnelle Übermittlung der jüngsten Wettervorhersagen an Fernsehempfänger im Norden über zwei Kanäle des Fernmeldesatelliten "Anik".

Die Wettervorhersage wird in Edmonton (Alberta) von der Arktischen Wetterzentrale des Meteorologischen Dienstes ausgearbeitet und automatisch nach Toronto an die Zentrale des CBC-Fernsehnetzes weitergegeben. Von dort wird der Wetterbericht rund sechsmal pro Tag über den Satelliten in die Arktis ausgestrahlt, wo er als gedruckte Mitteilung gesendet wird, die langsam auf dem Bildschirm "abrollt". Notfalls wird der Wetterberater für die Arktis besondere Warnungen oder korrigierte Voraussagen herausgeben, die dann bei der nächsten turnusmäßigen Wettermeldung gesendet werden.

Fürs erste wird der Sendebereich für diesen Wetterdienst das gesamte Yukon-Territorium, den Norden Britisch-Kolumbiens und das Tal des Mackenzie-Flusses vom Großen Sklaven-See bis zum Mackenzie-Delta sowie die Gebiete um Sachs Harbour, Chesterfield Inlet, Baker Lake, Coral Harbour und die Frobisher-Bai umfassen.

Da der Mangel an Kommunikationsmitteln in der Arktis stets die rechtzeitige Verbreitung von Wettermeldungen erschwerte, wurde dieser Vorhersagedienst speziell auf die Erfordernisse der Menschen im Hohen Norden zugeschnitten.

Eine vollelektrifizierte Stadt im Norden

Der Mount Wright, rund 770 km nordöstlich von Quebec City, ist ein Berg aus Eisen! Unter einer dünnen Felsschicht liegt genug Eisenerz, um die Quebec Cartier Mining Company mindestens 100 Jahre beschäftigt zu halten, doch muß die Firma sich etwas einfallen lassen, damit Arbeiter in den Hohen Norden Quebecs kommen und dort auch bleiben. Um das Leben im Norden angenehm zu machen und eine Beeinträchtigung ihrer Tätigkeit durch den ständigen Wechsel der Arbeitskräfte zu vermeiden, beschloß die Firma, ihren Beschäftigten einen Anreiz zu bieten, sich mit ihren Familien in der Nähe des Mount Wright niederzulassen. So entstand Fermont, die einzige voll elektrifizierte Stadt der Provinz Quebec. Dort wird selbst die Tankstelle nur elektrisch beheizt, für Quebec etwas Einzigartiges.

Fermont gilt als die schönste Stadt im Norden Quebecs. Alles ist so geplant worden, daß die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder ohne besondere Vorkehrungen in diesen nördlichen Breiten leben können, in denen Kälte und Wind sonst jederlei menschliche Siedlung unmöglich machen würden.



Ein Teil von "The Windshield". Das ganze Gebäude ist knapp 1,6 km lang

Windschutz

Einige Kilometer von dem Erzberg entfernt stieß man auf den Daviault-See in einer Mulde, die von einer hufeisenförmigen Hügelkette gebildet wird, die nach Norden geöffnet ist. Dies schien der ideale Platz für eine Stadt, vorausgesetzt, daß sich eine Möglichkeit finden ließ, dem Nordwind zu entgehen, der in jenen Breiten die Temperatur bis auf -73°C senken kann. Die Städteplaner beschlossen deshalb, ein riesiges, anderthalb Kilometer langes Gebäude zu errichten, das die Häuser in der Stadt vor dem Wind schützen sollte. Es hat die Form einer großen Pfeilspitze und leitet den Nordwind an der Stadt vorbei, weswegen es den treffenden Namen "The Windshield" (Der Windschutz) erhielt.

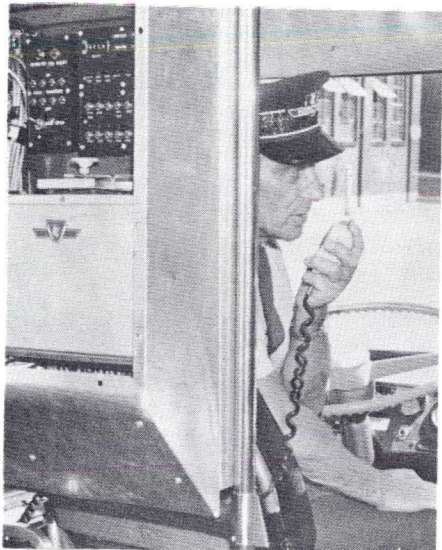
"The Windshield" beherbergt städtische Versorgungsbetriebe sowie Läden, Sportanlagen, Schulen und zahlreiche Wohnungen. Man glaubt, daß rund 35 % der Einwohner von Fermont im schärfsten Winter in diesem Riesenlabyrinth wohnen könnten, ohne auch nur einen einzigen Schritt nach draußen tun zu müssen - ein Leben bei -73°C ohne Mantel, Mütze und Stiefel!

Teure Häuser zu billigen Preisen

Die Häuser in Fermont sind insofern alle gleich, als sie alle fabelhaft sind. Sie kosten der Quebec Cartier Mining Co. pro Stück rund 50 000 \$ und werden verheirateten Firmenangehörigen mit einem zehnjährigen Verkaufsvertrag angeboten, bei dem die monatlichen Raten rund 100 \$ betragen. Die Größe des angebotenen Hauses richtet sich nicht nach der Stellung des Betreffenden in der Firma, sondern nach der Zahl seiner Kinder. Am 53. Längengrad sind also Häuser für etwas über 10 000 \$ zu haben, die fünfmal soviel wert sind!

EDP-gesteuerter Autobuseinsatz in Toronto

Gegenwärtig erprobt die Toronto Transport Commission (TTC; die öffentlichen Verkehrsbetriebe von Toronto) ein als besonders fortschrittlich geltendes Verfahren, bei dem ein Computer den Einsatz öffentlicher Verkehrsmittel im Stadt- und Nahverkehr regelt. Bei Anwendung dieses Verfahrens erübrigt sich die Notwendigkeit, Fahrdienstleiter im Außendienst einzusetzen, vielmehr wird die EDP-Anlage von nun an die erforderliche Aufeinanderfolge, Geschwindigkeit und Zahl der eingesetzten TTC-Fahrzeuge kontrollieren und auch dafür sorgen, daß schnell auf Notrufe von Bus- und Straßenbahnfahrern reagiert wird, die Unfälle oder Pannen melden.



Der Fahrer führt die neue Fernmeldeausrüstung seines Busses vor

Als erstes werden jetzt rund 60 TTC-Busse mit elektronischer Ausrüstung versehen, die das TTC-Personal in Zusammenarbeit mit unabhängigen Beratern entworfen hat. Das Projekt läuft unter dem Namen "Communications and Information System" (CIS) und basiert auf einer zentralen EDP-Anlage mit einer Leuchtkarte der Stadt, auf der abzulesen ist, wo sich jeder Bus gerade befindet und wie stark er besetzt ist. Auf diese Weise kann ein Fahrdienstleiter in der Zentrale gegebenenfalls den Einsatz zusätzlicher Busse veranlassen und den Pannendienst schnell in Marsch setzen. Durch das CIS wird die Zahl des benötigten Fahrdienstpersonals bei gleichzeitiger Leistungssteigerung verringert.

Die Auswertung des Projektes hat bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Dabei soll festgestellt werden, wie sich die Einführung des Systems auf Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verkehrsbetriebe auswirkt und ob die betrieblichen Voraussetzungen für seine Ausdehnung auf den gesamten Fahrzeugpark der TTC gegeben sind. Eine Patentanmeldung für das CIS wird ebenfalls erwogen.

Alte französische Münzen für Louisbourg

Kürzlich überreichte Neuschottlands Finanzminister Peter Nicholson dem Bundesminister für Angelegenheiten der Indianer und die Entwicklung der Nordgebiete Judd Buchanan zwei französische Goldmünzen aus dem 18. Jahrhundert, die in der Feste Louisbourg auf der Cape-Breton-Insel (Neuschottland) ausgestellt werden sollen. Die Münzen wurden aus dem im Jahre 1725 gesunkenen französischen Versorgungsschiff "Chameau" geborgen.

Laut Bundesminister Buchanan sind die Münzen eine schöne Ergänzung der Ausstellung im historischen Nationalpark Festung Louisbourg: " Sie werden Kanadas Nationalparkverwaltung helfen, den vielen tausend Besuchern, die jährlich nach Louisbourg kommen, die Geschichte Neu-Frankreichs zu vergegenwärtigen."

Die "Chameau" (600 BRT) sank auf der Fahrt nach Quebec City am 27. August 1725 in einem Sturm 12 Meilen nordöstlich von Louisbourg. An Bord hatte sie 100 Mann Besatzung, 216 Passagiere sowie eine Ladung Gold, Silber, Stoffe, Kleidung, Tiere und Schießpulver. Es gab keine Überlebenden. Damals hätte man mit den beiden Goldmünzen zwei Klafter Holz, eine Muskete oder 350 Pfund Fisch kaufen können.

Besuch des Außenministers in Deutschland und Österreich

Kanadas Außenminister Allan J. MacEachen besucht am 24. Mai auf Einladung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Bundesrepublik Deutschland. Am 25. und 26. Mai wird er auf Einladung des österreichischen Außenministers Erich Bielka-Karltreu in Österreich weilen.

Mit Vertretern der deutschen Bundesregierung wird MacEachen bilaterale und multilaterale Fragen, darunter auch Kanadas Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft, besprechen.

In Österreich wird der kanadische Außenminister bilaterale Fragen erörtern, doch auch bei Gesprächen mit seinem österreichischen Kollegen werden multilaterale Themen, einschließlich der Vereinten Nationen, im Mittelpunkt stehen.

Außerdem will MacEachen seine Reise nach Österreich für Unterredungen mit Beamten der Internationalen Atomenergiebehörde und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung benutzen.

Kurznachrichten

- Laut Kanadas Statistischem Bundesamt gab es im März rund 759 000 Arbeitssuchende, also etwas weniger als die im Januar und Februar verzeichneten 800 000 Arbeitslosen. Die saisonbereinigte bundesweite Arbeitslosenquote ging von 7 % im Februar auf 6,9 % im März zurück.
- Die von der Bundesregierung eingebrachte Strafrechtsnovelle wurde einschließlich der umstrittenen Kontrollmaßnahmen für den Besitz von Schusswaffen (s. Profil Kanada vom 31.3.76) im Prinzip im Unterhaus gebilligt und an dessen Rechtsausschuß zu eingehender Prüfung weitergeleitet.
- Rund 3000 Journalisten und mehr als 4000 Funk- und Fernsehsprecher und -techniker aus allen fünf Erdteilen werden zu den 21. Olympischen Spielen in Montreal erwartet.
- Die Luftverkehrsgesellschaften Air Canada und CP Air erhielten die Erlaubnis, ihre Flugpreise im Inlandsverkehr ab 18. April um 8 % hinaufzusetzen. Für die beiden Fluggesellschaften, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren Defizite aufwiesen, war dies die vierte Preiserhöhung innerhalb von etwas über zwei Jahren.

Herausgegeben von der Informationsstelle des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Ottawa K1A 0G2.

Nachdruck unter Quellenangabe gestattet; Quellennachweise für Photos sind im Bedarfsfall von der Redaktion (Mrs. Miki Sheldon) erhältlich. Ähnliche Ausgaben dieses Informationsblatts erscheinen auch in englischer, französischer und spanischer Sprache.

This publication appears in English under the title Canada Weekly. Cette publication existe également en français sous le titre Hebdo Canada. Algunos números de esta publicación aparecen también en español con el título Noticiario de Canadá.